

Formular für Initiativ-Vorschläge 2021

Für die Mitgliederversammlung vom

14. November 2020 in Lausanne

Anforderungen für neue Initiativ-Ideen:

Minimum 3 Personen aus 3 unterschiedlichen Sektionen, idealerweise aus zwei Sprachregionen:

Flurin (BE), Camille (VS), Benjamin (ZH), Chiara (SO), Jeremias (LU)

A. Der Vorschlag

1. Thema der initiative (Zutreffendes Thema unterstreichen)

Themen, zutreffend auf die 5 Gruppen der Workshops des Sommercamps

- a. Gesellschaft
- b. Landwirtschaft und Klima
- c. **Gesundheit**
- d. Transport und Mobilität
- e. Finanzen

2. Vorschlag Titel (max 1 Zeile)

Initiative für ein bezahlbares Gesundheitssystem

3. Beschreibung des Initiativ-Vorschlages (max. 2500 Zeichen, Abstände mit einbegriffen)

Laut Bundesverfassung haben alle Menschen, die in der Schweiz in Not geraten und nicht in der Lage sind für sich zu sorgen, Anspruch auf Hilfe und Betreuung. Für alle Menschen soll eine gute Gesundheitsversorgung erschwinglich sein. Der Status quo sieht anders aus:

2019 waren 2.3 Millionen Menschen von der Prämienverbilligung abhängig. Immer wieder aber reicht nicht einmal das aus, um die Prämien bezahlen zu können. Je nach Kanton landen diese Menschen auf der schwarzen Liste. Das führt dazu, dass nur noch lebensnotwendige Behandlungen durchgeführt werden. Chronische Erkrankungen, die grosses Leid verursachen, gehören da nicht dazu. Auch ist unklar, was genau als Notfall gilt. Dies führt zu Streitigkeiten zwischen der zu behandelnden Person und der Krankenkasse. Eine einkommens- und vermögensabhängige Einheitskrankenkasse setzt dort an: Die proportionale Verteilung der Prämien, welche progressiv erfolgt, führt dazu, dass die Gesundheitskosten gerecht verteilt werden. Der Bund sowie die Kantone würden finanziell entlastet. Alle Menschen erhalten so einen gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung.

Die Krankenkassen dürfen nach Bundesverfassung keinen Erwerbszweck haben. Dennoch erhalten CEOs Boni und Kundenberater*innen Anteile bei der Vermittlung von Neukund*innen. Die kapitalistische Idee des Wettbewerbs, welcher zu tiefen Prämien führen sollte, hat dort versagt. Die Policen stiegen jährlich an. Die Krankenkassen betreiben Risikoselektion, um Kosten zu sparen. Mit den unklaren Auswirkungen von Covid-19 werden die Kosten weiter steigen.

Auch hier setzt unsere Initiative an: Der Wettbewerb, welcher zur Benachteiligung der Kund*innen führt, wird unterbunden und die Prämienkosten würden gerecht verteilt. So kann jeder Mensch, auch bei finanzieller Notlage oder während einer Pandemie, sein Recht auf Gesundheit wahrnehmen. Das Recht auf persönliche Freiheit wird nach wie vor gewahrt, denn die Initiative sieht nur die Einführung einer Grundversicherung vor. Zusatzversicherungen können weiterhin bei privaten Anbietern abgeschlossen werden.

In der Schweiz leben viele Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus. Auch sie sollen Zugang zur Gesundheitsversorgung erhalten. Obwohl die Verfassung das schon heute so vorsieht, ist die Realität leider anders. Die Einführung einer einkommens- und vermögensabhängigen Einheitskrankenkasse sieht auch vor, dass fortan alle Menschen, die in der Schweiz leben, dieser unterstellt sind.

Für das Recht auf Gesundheit und eine gerechtere Verteilung der Gesundheitskosten braucht es die vermögens- und einkommensabhängige Einheitskrankenkasse.

4. Prägnante Beschreibung des Initiativvorschlages (max. 400 Zeichen)

Alle in der Schweiz lebenden Menschen haben Anrecht auf eine erschwingliche und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung. Dies ist heute leider nicht der Fall. Als Lösung sieht die Initiative die Einführung einer vermögens- und

einkommensabhängigen Einheitskrankenkasse vor. Diese ermöglicht eine gerechte Verteilung der Gesundheitskosten. Für das Recht auf Gesundheit braucht es diese Initiative.

B. Der Vorschlag und die JGS

5. Bedeutung für die JGS

Die Jungen Grünen Schweiz setzen sich schon seit geraumer Zeit für die Einführung einer Einheitskrankenkasse ein. Dies haben wir auch bei dem Manifest2019 bekräftigt, wo wir bereits eine einkommensabhängige Krankenkasse fordern. Das Anliegen ist für uns folglich nicht neu, aber die Dringlichkeit zeigt sich angesichts der momentanen Krise die durch das Covid-Virus verursacht ist, einmal mehr.

Eine Gesundheitsversorgung, die für alle Menschen erschwinglich ist und qualitativ hochwertige Leistungen erbringt, ist ein zentrales Anliegen. Nicht nur in Bezug auf die Gesundheitspolitik sondern auch mit dem Gedanken dass alle Menschen die gleichen Rechte haben. Wir Jungen Grünen setzen uns vehement dafür ein, nicht weiter in eine Zweiklassenmedizin zu schlittern. Auch dagegen setzt diese Initiative ein Zeichen: Dadurch dass alle Menschen bei einer Einheitskasse versichert sind, erhalten sie die gleichen Leistungen.

Neu an dieser Initiative ist die Kombination aus der einkommensabhängigen Einheitskrankenkasse mit der gleichzeitigen Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle in der Schweiz lebenden Menschen.

6. Beziehungen mit den Positionen der Partei und vorherigen Projekten

Diese Initiative ist eine Weiterführung der Forderung im Manifest2019. Sie soll allen in der Schweiz wohnhaften Menschen den gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglichen. Die Verknüpfung der gleichen Rechte für alle mit der Gesundheitsversorgung ist eines der zentralen Anliegen der Jungen Grünen.

7. Mobilisation der Mitgliedern

In den letzten Monaten haben wir einen bedeutenden Zustrom von neuen Mitgliedern erlebt. Eine Initiative ist, neben den Wahlen, das Wichtigste für die interne Mobilisierung. In Anbetracht der Krise, die durch das Covid-Virus verursacht ist, sind wir alle auf eine gute Gesundheitsversorgung angewiesen. Mit dieser Initiative greifen wir das aktuelle Thema auf und setzen uns einmal mehr für

Gleichberechtigung ein. Der soziale und gerechte Gedanke hinter der Initiative spricht alle Jungen Grünen an. Es geht nicht nur um eine gerechte Gesundheitsversorgung sondern verallgemeinert um eine gerechtere Verteilung des Vermögens der Menschen die in der Schweiz leben.

C. Politische Aktualität

8. Aktualität

Die aktuelle Krise durch Covid-19 zeigt auf wie wichtig die Gesundheit der Bevölkerung ist. Während die Reichen ihr Vermögen weiter aufstocken geraten durch die Wirtschaftskrise immer mehr Menschen in eine Notlage in der sie die jährlich steigenden Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlen können. Die Einheitskrankenkasse wurde in den vergangenen Jahren von immer mehr Menschen gewünscht. Die Aktualität zu diesem Thema zeigt sich auch angesichts der von der CVP lancierten Kostenbremse-Initiative oder verschiedenen kantonalen Initiativen.

9. Politische Ziele des Vorschlags

Einführung einer Gesundheitsversorgung die allen Menschen unabhängig ihres Einkommens die gleichen Leistungen erbringt. Eröffnung der Debatte über den Sinn- und Unsinn der Prämienverbilligung: Bsp. aus dem Kanton Zürich: Menschen mit wenig Einkommen aber viel Vermögen waren von den Prämienverbilligungen begünstigt.

10. Neuheit

Neu an dieser Initiative ist die Kombination aus der einkommensabhängigen Einheitskrankenkasse mit der gleichzeitigen Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle in der Schweiz lebenden Menschen. Die Ausgangslage und die Gesundheitswahrnehmung haben sich im Vergleich zu vormaligen Versuchen einer Einheitskasse völlig verändert. Und es zeigte sich schon bei den vergangenen Initiativen: Je mehr die Krankenkassenprämien steigen desto mehr Menschen sprechen sich für die Einführung einer Einheitskasse aus.

D. Initiativtext

11. Initiativtext des Vorschlages

Art. 117 Kranken- und Unfallversicherung

- 1 Der Bund erlässt Vorschriften über die Kranken- und Unfallversicherung
- 2 Er kann die Kranken- und die Unfallversicherung allgemein oder für einzelne Bevölkerungsgruppen obligatorisch erklären

Art. 117 Kranken- und Unfallversicherung (NEU)

- 1 Der Bund erlässt Vorschriften über die Kranken- und Unfallversicherung
- 2 Er kann die Kranken- und die Unfallversicherung allgemein oder für einzelne Bevölkerungsgruppen obligatorisch erklären

3 Er [der Bund] führt eine obligatorische, einkommens- und vermögensabhängige Einheitskrankenkasse ein.

Art. 130 Mehrwertsteuer

1 Der Bund kann auf Lieferungen von Gegenständen und auf Dienstleistungen einschliesslich Eigenverbrauch sowie auf Einfuhren eine Mehrwertsteuer mit einem Normalsatz von höchstens 6,5 Prozent und einem reduzierten Satz von mindestens 2,0 Prozent erheben.

2 Das Gesetz kann für die Besteuerung der Beherbergungsleistungen einen Satz zwischen dem reduzierten Satz und dem Normalsatz festlegen.

3 Ist wegen der Entwicklung des Altersaufbaus die Finanzierung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung nicht mehr gewährleistet, so kann in der Form eines Bundesgesetzes der Normalsatz um höchstens 1 Prozentpunkt und der reduzierte Satz um höchstens 0,3 Prozentpunkte erhöht werden.

3bis Zur Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur werden die Sätze um 0,1 Prozentpunkte erhöht.

4 5 Prozent des nicht zweckgebundenen Ertrags werden für die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung zu Gunsten unterer Einkommensschichten verwendet, sofern nicht durch Gesetz eine andere Verwendung zur Entlastung unterer Einkommensschichten festgelegt wird.

Art. 130 Mehrwertsteuer (NEU)

1 Der Bund kann auf Lieferungen von Gegenständen und auf Dienstleistungen einschliesslich Eigenverbrauch sowie auf Einfuhren eine Mehrwertsteuer mit einem Normalsatz von höchstens 6,5 Prozent und einem reduzierten Satz von mindestens 2,0 Prozent erheben.

2 Das Gesetz kann für die Besteuerung der Beherbergungsleistungen einen Satz zwischen dem reduzierten Satz und dem Normalsatz festlegen.

3 Ist wegen der Entwicklung des Altersaufbaus die Finanzierung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung nicht mehr gewährleistet, so kann in der Form eines Bundesgesetzes der Normalsatz um höchstens 1 Prozentpunkt und der reduzierte Satz um höchstens 0,3 Prozentpunkte erhöht werden.

3bis Zur Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur werden die Sätze um 0,1 Prozentpunkte erhöht.

4 5 Prozent des nicht zweckgebundenen Ertrags werden zur Entlastung unterer Einkommensschichten verwendet

12. Welcher Artikel der Verfassung ist vom Vorschlag betroffen?

Artikel 117 und 130 der Schweizerischen Bundesverfassung zur Kranken- und Unfallversicherung bzw. zur Mehrwertsteuer.

13. Rechtswirksamkeit

Mit einer Rechtsberatung verifiziert.